

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über die Tätigkeit der Westeuropäischen Union für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1997

I. Arbeitsschwerpunkte

Im Mittelpunkt der Arbeiten der WEU im ersten Halbjahr 1997 standen die weitere Ausgestaltung der Zusammenarbeit mit der Europäischen Union sowie die Stärkung der operationellen Fähigkeiten der WEU, insbesondere die Umsetzung der Ministerrats-Entscheidungen von Berlin, Brüssel (NATO) und Birmingham (WEU), die der WEU die Möglichkeit eröffnet haben, bei Operationen auf NATO-Ressourcen zurückzugreifen.

Gemeinsam mit der niederländischen Präsidentschaft der Europäischen Union bemühte sich die französische WEU-Präsidentschaft um die weitere Ausgestaltung der Beziehungen zwischen Europäischer Union und WEU. So wurde u. a. ein Dokument zu den Modalitäten der Zusammenarbeit im Falle eines Ersuchens der Europäischen Union an die WEU gemäß Artikel J 4 des Vertrags über die Europäische Union erarbeitet.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Fortsetzung der begonnenen Arbeiten zur Ausgestaltung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität in WEU und NATO. Dabei wurden Fortschritte in einer Reihe von wichtigen Fragen der Zusammenarbeit und der operativen Verzahnung von WEU und NATO erzielt.

Im Mai 1997 beschloß der Ständige Rat der WEU ein circa 20 Personen umfassendes Polizeielement nach Albanien zu entsenden, das die albanische Polizei insbesondere in Ausbildungsfragen beraten soll. Deutschland beteiligte sich zunächst mit zwei Polizeibeamten.

Die Frühjahrstagung des WEU-Ministerrats unter französischer Präsidentschaft fand am 13. Mai 1997 in Paris vor dem Hintergrund der Regierungskonferenz zur Revision des Vertrags über die Europäische

Union sowie der laufenden Arbeiten in der NATO zur internen Anpassung und zur Erweiterung statt. Die Minister bekräftigten die Notwendigkeit der weiteren Entwicklung der WEU als Verteidigungskomponente der Europäischen Union einerseits und der weiteren Intensivierung der Zusammenarbeit mit der NATO andererseits. Zur Stärkung der operationellen Fähigkeiten der WEU wurde unter anderem die Einrichtung eines militärischen Ausschusses beschlossen, eines Gremiums der Generalstabschefs, das in der Regel auf der Ebene der militärischen Delegierten tagen und unter der Autorität des Rats arbeiten soll.

Bundesminister Dr. Klaus Kinkel führte auf dem Ministerrat in Paris das Arbeitsprogramm der deutschen WEU-Präsidentschaft im 2. Halbjahr 1997 ein. Schwerpunkte waren die Fortentwicklung der Beziehungen zwischen Europäischer Union und WEU, insbesondere die Umsetzung der WEU-relevanten Ergebnisse der EU-Regierungskonferenz, die weitere Einbeziehung der mittel- und osteuropäischen assoziierten Partner in die operationelle Rolle der WEU, die Intensivierung der Beziehungen zwischen WEU und NATO sowie die Stärkung der operationellen Fähigkeiten der WEU.

Die Amsterdamer Ergebnisse der EU-Regierungskonferenz zur Weiterentwicklung der Bestimmungen über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik bestimmten weitgehend die Diskussionen in der WEU während des Monats Juni. Die Beratungen konzentrierten sich dabei auf eine WEU-Erklärung, die Eingang in die Schlußakte der Regierungskonferenz gefunden hat. Die Arbeit wurde unter der deutschen WEU-Präsidentschaft abgeschlossen. Die Erklärung wurde am 22. Juli 1997 auf einem Sonder-Ministerrat der WEU verabschiedet.

Am 30. Juni 1997 wurde durch den Generalsekretär der WEU, einen Vertreter der französischen Präsidentschaft

schaft und den ukrainischen Botschafter in Brüssel ein Dokument zur Zusammenarbeit mit der Ukraine beim Langstreckenlufttransport unterzeichnet. Die Ukraine erklärt sich in diesem Dokument bereit, der WEU auf Anfrage Lufttransportkapazitäten für Langstreckenflüge zur Verfügung zu stellen.

II. Tätigkeit des Ständigen Rats, des Generalsekretariats, der Planungszelle und des Instituts für Sicherheitsstudien

1. Der Ständige Rat als zentrales Steuerungs- und Entscheidungsorgan der WEU befaßte sich mit der gesamten Bandbreite der in der WEU erörterten Themen und bereitete die Ministerratstagung in Paris vor.

Der Ständige Rat beschäftigte sich intensiv mit der Anfrage der Europäischen Union vom Dezember 1995 gemäß Artikel J 4 (2) des Vertrags zur Europäischen Union zur militärischen Absicherung humanitärer Hilfslieferungen in die Gebiete der afrikanischen großen Seen. Der Rat beriet verschiedene Optionen eines möglichen WEU-Beitrags unter anderem durch die Bereitstellung von Transportkapazitäten für humanitäre Hilfslieferungen.

Die Situation in Albanien und die Möglichkeiten der WEU, einen Beitrag bei der Bewältigung der inneren Unruhen in Albanien zu leisten, standen im Mittelpunkt der Beratungen des Rats im März und April des Jahres und führten schließlich zur Entscheidung der Entsendung eines Polizeiberaterteams.

Einer Initiative der französischen Präsidentschaft folgend beriet und verabschiedete der Rat Modalitäten für die Nutzung von nationalen Hauptquartieren bei WEU-Operationen. Dieses Konzept soll durch die Festschreibung von Modalitäten für die Nutzung multinationaler Hauptquartiere ergänzt werden.

Der Rat stellte Überlegungen zu den europäischen Sicherheitsinteressen zu Beginn des 21. Jahrhunderts an und griff damit auf französische Initiative die Arbeiten an einem gemeinsamen Konzept über Sicherheit in Europa wieder auf.

Der Rat beriet den Dialog mit der Russischen Föderation und der Ukraine und verständigte sich auf mögliche Felder konkreter Zusammenarbeit wie zum Beispiel die Nutzung von Transportkapazitäten für Langstreckenflüge.

Der rumänische Präsident Constantinescu, der polnische Premierminister Cimsozewicz und der slowenische Premierminister Drnovsek kamen zu Treffen mit dem WEU-Rat zusammen.

Der Ständige Rat traf sich zweimal zu gemeinsamen Treffen mit dem NATO-Rat. Im Vordergrund dieser Treffen stand die Umsetzung der von der NATO in Berlin und Brüssel getroffenen Entscheidungen, der WEU eigene Ressourcen und Fähigkeiten für Operationen zur Verfügung zu stellen.

Der Ständige Rat stattete dem Satellitenzentrum in Torrejon einen Besuch ab und informierte sich um-

fassend anhand der Darstellung der Bearbeitung konkreter Arbeitsaufträge über die Arbeiten des Satellitenzentrums.

2. Der Ständige Rat wurde unterstützt durch das Generalsekretariat, das die zahlreichen Sitzungen des Ständigen Rats und seiner Arbeitsgruppen vor- und nachbereitet. Botschafter Dr. Wegener hat seine Tätigkeit als Stellvertretender Generalsekretär und somit als Nachfolger von Botschafter Holthoff im Mai 1997 aufgenommen.
3. Schwerpunkte der Tätigkeiten der Planungszelle waren die Unterstützung im Bereich Krisenmanagement, der Übungspolitik sowie gegnerischer Planung und Studien. Die Planungszelle leistete als Kontaktstelle für das Polizeiberatungselement in Albanien (multinational advisory police element (MAPE) einen wichtigen Beitrag zur Vorbereitung und Implementierung des Polizeiberatungselements. Ferner hat die Planungszelle begonnen, eine Datenbank über Minenräumaktivitäten zu erstellen.
4. Das Institut für Sicherheitsstudien richtete verschiedene Seminare (u. a. zu friedenserhaltenden Maßnahmen in der Mittelmeerregion und zu Fragen der Erweiterung der europäischen Sicherheitsorganisationen) aus. Der Austausch mit Mitarbeitern anderer Sicherheitsinstitute aus WEU-Staaten, insbesondere der assoziierten Partner, wurde weiterhin intensiviert. Zum ersten Mal verbrachte ein russischer Wissenschaftler einen Forschungsaufenthalt beim Institut. Mitarbeiter des Instituts beteiligten sich an einer Reihe von Seminaren und Tagungen anderer Organisationen zu Sicherheitsfragen. Darüber hinaus veröffentlichte das Institut zahlreiche Publikationen und Dokumente.

III. Tätigkeit der Arbeitsgruppen

Die Sonderarbeitsgruppe (SWG) trat unter französischer Präsidentschaft zur Beratung der WEU-Erklärung zum Vertrag von Amsterdam zusammen.

Die Gruppe der Vertreter aus den Verteidigungsministerien (DRG) erstellte ein Dokument, in dem die Mechanismen und Abläufe des Krisenmanagements aktualisiert und zusammengefaßt dargestellt werden.

Die politisch-militärische Gruppe (PMG) beriet Vorbereitungen und Modalitäten für die Entsendung des beratenden Polizeielements nach Albanien. Die Gruppe erörterte ferner Maßnahmen zur Umsetzung der Erfahrungen aus der WEU-Übung Crisex 95/96 sowie Aspekte der WEU-Übungspolitik. Ferner wurde ein Konzept für die Durchführung von Operationen unter Rückgriff auf eine „Rahmengebende (framework) Nation“ bei Kriseneinsätzen der WEU verabschiedet.

Die politisch-militärische Arbeitsgruppe (PMWG) erarbeitete einen WEU-Beitrag zur NATO-Ministerleitlinie zur Verteidigungsplanung sowie Modalitäten der Beteiligung der WEU am NATO-Streitkräfteplanungsprozeß. Die nichtallianzgebundenen Beobachterstaaten legten ihre Vorstellungen einer Beteili-

gung an diesem Prozeß dar. Ferner wurden Prinzipien und Parameter für die Ausarbeitung eines WEU/NATO-Rahmenabkommens zur Nutzung von NATO-Mitteln und Fähigkeiten verabschiedet.

Die Gruppe der militärischen Delegierten (MDG) erarbeitete unter anderem einen Zwischenbericht zur Stärkung der Rolle der Generalstabschefs, der Gruppe der militärischen Delegierten (MDG) und der militärischen Komponenten des WEU-Hauptquartiers. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Ausarbeitung der Aufgaben der auf dem Pariser Ministerrat beschlossenen Einrichtung eines militärischen Ausschusses.

Die Arbeitsgruppe „Zusammenarbeit in Weltraum-Fragen“ verabschiedete ein Operationskonzept für das Satellitenzentrum in Torrejon und führte ihre Arbeiten zu den Rahmenbedingungen für eine mögliche WEU-Beteiligung an der Entwicklung eines multilateralen europäischen Satellitenprogramms weiter.

Die Mittelmeer-Arbeitsgruppe setzte ihre Beratungen über Möglichkeiten der Unterstützung des Barcelona-Prozesses der Europäischen Union fort.

Die einjährige griechische Präsidentschaft der transatlantischen Öffentlichkeitsarbeit wurde im Juni 1997 mit einem Seminar in Washington, an dem unter anderem der griechische und der dänische Verteidigungsminister sowie amerikanische Entscheidungsträger teilnahmen, abgeschlossen. Die neue belgische Präsidentschaft kündigte eine Bewertung der bisherigen Aktivitäten der transatlantischen Öffentlichkeitsarbeit sowie eine daraus resultierende mögliche Reorientierung an.

Die Arbeitsgruppe für Logistik (WELG) und die Gruppe für Langzeitplanung (EUROLONGTERM) haben ihre Arbeiten mit der Erarbeitung eines WEU-Logistikkonzepts sowie eines Grundsatzpapiers zur multinationalen Aufgabenteilung fortgesetzt. Die Arbeitsgruppe für Fernmeldesysteme (EUROCOM) behandelte weiterhin Fragen der Interoperabilität der taktischen Kommunikationssysteme.

In Paris unterstrichen die Minister die Notwendigkeit, die Öffnung der Aktivitäten der drei Gruppen für die nicht-alliierten Beobachter zu prüfen.

Im Berichtszeitraum ist die Türkei der von den WEU-MS nach dem Vertrag über den Offenen Himmel gebildeten Staatengruppe beigetreten. Die „Open Skies“ Arbeitsgruppe innerhalb der WEU hat ihre Arbeiten mit Blick auf die Implementierung des Vertrages über den Offenen Himmel fortgesetzt. Der Vertrag wird nach Ratifizierung durch RUS, WIE und die UKR in Kraft treten.

IV. Treffen der Führungsstäbe der Streitkräfte

Die Generalstabschefs der WEU kamen am 9. und 10. April 1997 in Paris zusammen. Die Erörterungen

befaßten sich neben aktuellen Krisenoperationen vor allem mit der militärischen Struktur der WEU, der Klarstellung und Stärkung der Rolle der Generalstabschefs in der WEU sowie der Verbesserung der Arbeitsweise der Gruppe der militärischen Delegierten. Die Generalstabschefs vereinbarten weitere Arbeiten zur Einrichtung eines militärischen Ausschusses, der sich aus den Generalstabschefs zusammensetzen soll und einen ständigen Vorsitz erhalten soll.

V. Tätigkeit der Westeuropäischen Rüstungsgruppe (WEAG)

Am 1. Januar 1997 hat Deutschland die zweijährige Präsidentschaft der Westeuropäischen Rüstungsgruppe (WEAG) übernommen. Im Mittelpunkt des deutschen Präsidentschaftsprogramms steht die Weiterentwicklung der WEAG zu einem kompetenten und effektiven Expertengremium für Fragen der Rüstungszusammenarbeit in Europa.

Bis zum Herbsttreffen der Verteidigungsminister der WEAG in Erfurt soll ein Vorschlag zur Einbeziehung der nicht-alliierten Beobachter und der assoziierten Partner in die Arbeiten der Westeuropäischen Rüstungsgruppe erarbeitet werden.

In Umsetzung der Entscheidung des Ministerrats in Ostende im Herbst 1996, eine Westeuropäische Rüstungsorganisation (WEAO) zu gründen, traf am 7. März 1997 der Ausschuß der Direktoren der WEAO zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Das zunächst ausführende Organ der WEAO, die Forschungszelle, hat ihre Tätigkeit am 1. April 1997 aufgenommen.

VI. WEU-Versammlung

Die diesjährige Frühjahrstagung der WEU-Versammlung fand vom 2. bis 6. Juni 1997 statt. Als Gäste sprachen neben dem Generalsekretär der WEU Cutileiro der finnische Staatspräsident Ahtisaari sowie der portugiesische Premierminister Gueterres vor den Abgeordneten. Die Beratungen der Versammlung drehten sich vor allem um die Fortentwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik im Zuge der Überarbeitung des Vertrags über die Europäische Union. Neben einem Bericht und einer Entschließung zu diesem Thema verabschiedete die Versammlung unter anderem Entschließungen zu Sicherheitsproblemen in Zusammenhang mit NATO- und EU-Erweiterung, zum Kampf gegen Anti-Personenminen, zur europäischen Zusammenarbeit bei Kampffahrzeugen und zur Satelliten-Aufklärung.

Als Nachfolger von Sir Dudley Smith wurde Lluís Maria de Puig zum Präsidenten der Versammlung gewählt.

